

## Gesundheit als Luxus?



Cooler Sprüche mit eiskalten Konsequenzen bieten CDU, CSU und FDP in Sachen Gesundheitspolitik. Dabei geht es vor allem ums Geld: Wer soll die Vorsorge und die Behandlung kurz- und langfristiger Krankheiten bezahlen? Bisher ist das Sache der gesetzlichen Krankenkassen: Sie werden gemeinsam finanziert und stehen darum für alle Mitglieder ein; ein festgelegter Katalog von Leistungen beschreibt ihre Aufgaben. Während SPD und Grüne in ihren Programmen fordern, dass weiterhin alles medizinisch Notwendige solidarisch finanziert werden soll, gehen Union und FDP andere Wege.

Ohne sich im Detail festzulegen, will die Union das Gesundheitssystem revolutionieren – **zurück ins 19. Jahrhundert**. Denn schon damals musste man ärztliche Hilfe und Medikamente aus eigener Tasche bezahlen können,

sonst ging es einem – ganz wörtlich – schlecht.

Natürlich klingt das eleganter, was den Wahlprogrammen von Schwarz-Gelb zu entnehmen ist. Da sollen Leistungsbereiche aus dem Aufgabenkatalog der gesetzlichen Kassen gestrichen werden. Wer diese Behandlung braucht, muss direkt bezahlen oder sich vorher privat versichert haben.

Am stärksten betroffen wären die chronisch Kranken – dies sind etwa 20 Prozent der Versicherten. Sie müssten nach den Modellen der Konservativen einen erheblichen Teil ihrer **Behandlungskosten selbst finanzieren**. Gesundheit ist nicht planbar – niemand ist davor sicher, plötzlich selbst Hilfe zu brauchen. Wehe dem, der sich ohne starke Solidarversicherung dann seine **Behandlung nicht mehr leisten** kann!

- Ich bin kerngesund. Ein solidarisches Gesundheitssystem ist für mich nur Sozialduselei und bringt mir keine Rendite. (2 Punkte)
- Ohne solidarisches Gesundheitssystem sind Menschen schutzlos den Sonderfällen des Lebens ausgeliefert. Für mich kommt nur eine Partei in Frage, die Sicherheit für alle garantiert. (12 Punkte)

## Schutzlos ohne starke Tarifverträge?



Im CDU-Wahlprogramm heißt es: „Wir brauchen eine tarifrechtliche Flankierung zur Erweiterung des Spielraumes für betriebliche Bündnisse für Arbeit. Neben Lohn und Arbeitszeit müssen auch die Beschäftigungsaussichten in den Günstigkeitsvergleich einbezogen werden.“

Die Wenigsten können sich etwas unter Tarifautonomie und Günstigkeitsprinzip vorstellen.

**Tarifautonomie:** Für den Abschluss von Tarifverträgen sind die Tarifvertragsparteien zuständig und für die Umsetzung und Einhaltung dieser Tarifverträge in den Betrieben die Betriebsräte. Anders wäre für manchen Betriebsrat das Bedrohungs- und Erpressungspotenzial hoch.

**Günstigkeitsprinzip:** Rechtsgrundsatz, der vorschreibt, dass vom Tarifvertrag abweichende Abmachungen nur zulässig

sind, wenn sie zu Gunsten der Arbeitnehmer/innen gehen. Streitig ist im Einzelfall, was ‚günstiger‘ ist.

Geht es nun nach dem Willen von CDU/CSU und FDP, so sollen in Zukunft die Entscheidungen über Arbeitsentgelt und Arbeitszeit auf die betriebliche Ebene verlagert werden. Es würde ein **brutaler Wettbewerb** um die billigsten Personalkosten zwischen den Unternehmen eintreten, der voll zu Lasten der Beschäftigten ginge.

Die Tarifvertragsparteien haben sich nie flexiblen Lösungen entzogen, wenn sie auf Beschäftigungssicherung in den Betrieben ausgerichtet waren. Dazu gehören unbedingt klare Sanierungskonzepte zum Erhalt der Arbeitsplätze. Ein fairer Interessensausgleich ist etwas anderes als bei **den Belegschaften abzukassieren**.

- Die Gewerkschaften nehmen sich ohnehin zu wichtig und sollten sich lieber zurückhalten. Wie, wann und für welches Geld jemand arbeitet, ist doch dessen Privatsache. (1 Punkt)
- Nur ein breit abgesicherter Tarifvertrag, der von den Gewerkschaften abgeschlossen und vom Betriebsrat überwacht wird, schützt den Einzelnen und die Einzelne wirksam. (16 Punkte)

## Kündigen leicht machen?



Arbeitslosigkeit ist das zentrale Problem unserer Gesellschaft. Eine grundlegende Lösung ist – leider – noch immer nicht auf dem Weg.

CDU/CSU und FDP behaupten, man bräuchte nur den Kündigungsschutz zu lockern, befristete Einstellungen zu erleichtern oder weitere Arbeitnehmerrechte abzuschaffen, dann ließe sich die Arbeitslosigkeit ohne weiteres halbieren. Diese Behauptung ist **scheinheilig**. Es gibt zu viele verschiedene Problemgruppen unter den Arbeitslosen.

Beispiel Baden-Württemberg: Von den rund 280.000 Arbeitslosen im Juni 2002 waren 72.000 langzeitarbeitslos, also ein Jahr oder länger ohne Job. 84.500 waren 50 Jahre und älter, knapp 30.000 unter 25 Jahre, rund 15.000 schwerbehindert. Da hilft weder Deregulierung noch ein Investitionsprogramm.

Was schlagen die Parteien zum Abbau der Arbeitslosigkeit vor? CDU/CSU machen die **brutale Rechnung** auf: Bist du über 50 und möchtest einen Arbeitsplatz, dann verzichte auf Deine Rechte! *„Wir wollen älteren Arbeitslosen die Möglichkeit eröffnen, sich bei Abschluss eines neuen Arbeitsvertrages eine Abfindung zusichern zu lassen, wenn sie für den Fall einer Kündigung auf eine Kündigungsschutzklage verzichten.“* Zitat aus dem Wahlprogramm der CDU/CSU – über die Höhe der Abfindung für diesen Rechtsverzicht steht nichts drin.

Bei der Arbeitszeitpolitik soll nach dem Willen der CDU der generelle Rechtsanspruch auf Teilzeit wieder abgeschafft werden. Das schafft zwar keine Arbeitsplätze, entspricht aber wohl dem traditionellen Familienbild der CDU, wonach **die Frau in die Küche** gehöre.

- Wer älter wird, kann ruhig auf seine Rechte verzichten. Mit 40 oder 50 hat man ja schon einiges gehabt vom Leben und sollte sich nicht mehr so anstellen. (3 Punkte)
- Der Schutz vor ungerechtfertigter Kündigung ist von den Gewerkschaften aus gutem Grund erkämpft worden; die dadurch erreichte soziale Balance der Interessen hat sich bewährt. (15 Punkte)

## Bildungs-Chancen für alle?



Wenigstens herrscht in den Wahlprogrammen Einigkeit darüber, dass Bildung ein brisantes Thema ist, dass die Zukunft eines Landes auch stark davon abhängt, was seine Kinder lernen. CDU und CSU betonen, sie wollten **die hoch Begabten und Eliten fördern**. SPD und Grüne peilen an, jedes Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft, nur aufgrund seiner Begabung zu fördern – also auch Benachteiligte entsprechend zu unterstützen.

Die SPD will mit einer Milliarde Euro jährlich bis 2007 zehntausend Ganztagschulen schaffen. Die CDU mit ihrer zögerlichen Bildungs-Fachkraft Dr. Anette Schavan hält sich zurück.

Die CDU will mit **Schmalspurausbildungen**, so genannten „theorieentlasteten, kürzeren Ausbildungsberufen“ dem „Markenzeichen Duale Aus-

bildung neuen Glanz geben“. Die SPD sieht die primäre Verantwortung für die Ausbildung bei den Betrieben und will Ausbildungsplätze im innovativen Bereich durch Netzwerke fördern.

Unsere Forderung, ausreichende Ausbildungsplätze durch eine Beteiligung aller Unternehmen über eine Umlagenfinanzierung zu gewährleisten, wird gerade noch von der PDS gefordert. Die Sozialdemokraten wollen, dass mehr Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen studieren. Hochschulen sollen auch für Absolventen der dualen Berufsausbildung offen stehen: Das erste Studium soll gebührenfrei sein.

Die Union empfindet das von der rot-grünen Regierung erlassene Verbot von Studiengebühren als **Eingriff des Bundes in die Rechte der Länder**.

- Bildung und Qualifikation sollte man sich selbst aneignen, wenn man es für nötig hält. Damit sollte niemand die Gemeinschaft belasten. (2 Punkte)
- Gute soziale, geistige und technische Bildung und Weiterbildung dient dem und der Einzelnen, dient der Gemeinschaft und auch dem Wirtschaftsleben. (13 Punkte)

Verena Bentele – blinde Langläuferin aus Tettang:

## Der Einzelne braucht die Gemeinschaft

*FRAGE: Sie sind als blinde Skiläuferin und Biathletin ein Star der Deutschen Paralympic-Mannschaft. Bei den Wettkämpfen in Salt Lake City gewannen Sie vier Goldmedallien, und Sie wurden bereits vorher schon Europacup- und Weltcup-Siegerin. Sind Sie traurig, dass Ihr Name neben dem von anderen Sportlern eher unbekannt ist?*

**VERENA BENTELE:** In Fachkreisen gehöre ich wie andere Sportlerinnen und Sportler mit Behinderungen schon zu den Bekannteren. Dass wir in den Medien nicht so laut gefeiert werden, sind wir schon gewöhnt. Wir freuen uns über die Fortschritte in der öffentlichen Wahrnehmung, auch wenn sie langsam sind. Für mich selbst ist persönliche Prominenz nicht das vorderste Ziel beim Sport. Natürlich soll aber in den nächsten Jahren unser Bekanntheitsgrad steigen, denn ich denke, unser Sport ist für den Zuschauer sehr



interessant. Mir macht mein Sport sehr viel Spass und ich schaffe mir dadurch einen guten Ausgleich zum Psychologiestudium.

*FRAGE: Wie empfinden Sie das gesellschaftliche Klima für Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind?*

**VERENA BENTELE:** Nicht nur Menschen mit Behinderung sind auf Hilfe angewiesen. Jeder Mensch braucht nette Mitmenschen, die nicht nur ihre eigenen Ziele verfolgen. Es ist in unserer Zeit sehr wichtig Solidarität zu zeigen, um in einer starken Gemeinschaft sicher leben zu können. Ich habe schon viele gute Erfahrungen gemacht und bin meistens bei der Verwirklichung meiner Ziele und Träume unterstützt worden. Ich bin der Überzeugung, dass jeder Mensch dem anderen helfen kann, wenn er dazu bereit ist.

### 14. September: Freibeuter entern Köln



Ein Riesenfestival für Jugendliche feiert die Gewerkschaftsjugend am 14. September in Köln – eingeladen sind alle! Alle wichtigen Infos gibt es unter [www.hmdsl.de](http://www.hmdsl.de) oder bei der Gewerkschaftsjugend vor Ort.

Unter dem Motto „Freibeuter entern Köln“ sind ab 11 Uhr viele Veranstaltungen auf Plätzen und Märkten der Domstadt, ab 13.30 ist an der Frankenwerft eine zentrale Aktion mit Demo, Kundgebung, Reden und Musik (u.a. Reamonn, Such a Surge, Brothers Keepers feat. The Sisters)

### „Musterlände“ ist Schlusslicht

Baden-Württemberg taugt nur bedingt als Vorbild für die Bundesrepublik: Schöne Landschaften alleine machen ein Land noch nicht familienfreundlich – gute Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren fehlen. Baden-Württemberg hat hier, wie bei einigen anderen Vergleichen, bundesweit am wenigsten zu bieten – ein Missstand, den neben den Kindern zumeist die Frauen ausbaden müssen.

Die bestehenden Betreuungsangebote lässt das Land die Kommunen finanzieren – dass die das Geld wieder bei anderen Angeboten für Familien einsparen müssen, ist sicher.

In der Arbeitszeitpolitik torpediert die Union die Interessen von Eltern, die oft auf Teilzeitarbeit angewiesen sind. Im Gegensatz hierzu fordert der DGB, Eltern finanziell zu unterstützen, die ihre Arbeitszeit reduzieren, um sich besser um ihre Familie kümmern zu können.

Der (nicht allzu ernst gemeinte) Test:

### Welcher Wählertyp sind Sie?

Auf den Innenseiten dieses Infoblatts haben wir Ihnen vier wichtige Themen vorgestellt. Wer bei der Bundestagswahl für welche Positionen steht, haben wir für Sie herausgearbeitet. Nun sind Sie

dran: Mit einem Augenzwinkern hier bei der Auswertung der Fragen am Ende jedes Artikels; mit ganzer Ernsthaftigkeit am 22. September bei der Wahl (oder nutzen Sie die Möglichkeit der Briefwahl?).

**über 40 Punkte:** Welche Freude, Sie zu treffen. Sie sind ein verantwortungsbewusster und sozial eingestellter Mensch; offensichtlich ist Ihre Intelligenz so groß wie Ihr Herz.

**10 bis 39 Punkte:** Schön, dass Sie sich mit den Themen beschäftigt haben und Position beziehen. Wir sind zuversichtlich, dass Sie bei der Bundestagswahl die richtige Entscheidung für Arbeit und soziale Gerechtigkeit treffen werden.

**0 bis 9 Punkte:** Herr Stoiber, sind Sie's? Sie sind einer der wenigen, der unserer Ansicht nach zu den Nichtwählern überwechseln dürfte.

### „Land unter“: Kolleginnen und Kollegen in Not - Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter helfen

Noch sind das Ausmaß des Hochwassers und damit die Schäden nicht abzusehen. Um schnell und unkompliziert helfen zu können, hat der DGB ein Spendenkonto eingerichtet:

**SEB Bank · BLZ 86010111 · Konto-Nr. 14 10 15 64 04**  
**Stichwort: „Gewerkschafter helfen“**

*Bei Redaktionsschluss war das Ausmaß des Hochwassers und somit auch der entstandenen Schäden noch nicht abzusehen.*

### Impressum:

WahlCheck wird herausgegeben vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Bezirk Baden-Württemberg

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Landesvorsitzender Rainer Bliesener

Willi-Bleicher-Straße 20 · 70174 Stuttgart

Telefon (0711) 2028-211      Telefax (0711) 2028-250  
E-Mail [info-bw@dgb.de](mailto:info-bw@dgb.de)      Internet <http://www.dgb-bw.de>

Gestaltung: INFO & IDEE · 71638 Ludwigsburg

# Wahl Check

Vier gute Gründe für IHRE Wahl-Entscheidung

S. 2+3

Zeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Baden-Württemberg zur Bundestagswahl am 22. 9. 2002

## Diese vier entscheiden die Wahl!

Spannendes Finale für die Bundestagswahl! Wer die Bundesrepublik regiert, vor allem mit welcher Politik, das entscheiden am 22. September Millionen Wahlberechtigter – und doch gibt die Wahl von wenigen letztlich den Ausschlag. Vor allem der Wahlbeteiligung messen Experten besondere Bedeutung zu. Wer nicht wählt, bestimmt das Ergebnis maßgeblich mit. Ob tatsächlich vier Stimmen – abgegeben oder nicht – über den nächsten Bundeskanzler entscheiden, wird der Wahlabend zeigen. Die Überschrift hier oben stimmt aber in jedem Fall: Denn jede Stimme zählt, jede und jeder entscheidet mit!



Wie wichtig jede Stimme ist, haben bedeutende Beispiele der letzten Zeit gezeigt: Besonders aufreibend war die Hängepartie in den USA: George W. Bush hat zwar im gesamten Land weniger Stimmen bekommen als Al Gore, aber mit hauchdünnem Vorsprung gewann der Texaner die Mehrheit in einem entscheidenden Bundesstaat – aufgrund des US-amerikanischen Wahlsystems kann solch ein Ergebnis an die Macht führen.

Die Wahlbeteiligung in der größten Demokratie der Welt lag – fast schon traditionsgemäß – so niedrig, dass der „mächtigste Mann der Welt“ sich ohnehin nicht auf eine echte Mehrheit im eigenen Volk stützen kann. Doch wie in jeder repräsentativen Mehrheit gilt: Wer nicht wählt, akzeptiert das Ergebnis der anderen. Wer nicht wählt, lässt die Mehrheit der anderen über sich bestimmen.

Ganz entscheidend war die Wahlbeteiligung auch bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Da im ersten Wahlgang viele nicht mit einer Entscheidung rechneten und sich auf eine Stichwahl zwischen Chirac und dem Sozialisten Jospin verließen, blieben sie zu Hause. Das Ergebnis ist bekannt: Da der rechtsradikale Le Pen seine Leute mobilisieren konnte, stellten sie plötzlich den zweitgrößten Block und der rückwärts gewandte Fremdenhasser aus dem Süden des Landes war plötzlich im „Finale“.

Das Wahlsystem der Bundesrepublik legt die Entscheidung auf einen einzigen Tag. Hier zählt jede Stimme, vor allem die „Zweitstimme“ jeder Wählerin und jedes Wählers. Bleiben viele zu Hause, könnten tatsächlich wenige Stimmen den Ausschlag für die Entscheidung geben. Und ob die Mehrheit mit dieser Entscheidung dann zufrieden ist, liegt nicht mehr in ihrer Hand!

### Es steht viel auf dem Spiel!

Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit greift der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in den Bundestagswahlkampf ein. Wir wollen **motivieren, wählen zu gehen**. Und wir möchten möglichst viele Menschen dafür gewinnen, sich bei ihrer Wahlentscheidung an der **Politik** zu orientieren, die Arbeitnehmerinteressen ernst nimmt.

Der DGB setzt sich in Baden-Württemberg und auch bundesweit für Modernisierung und soziale Gerechtigkeit ein. Wir stehen für den Erhalt von Arbeitnehmerrechten und Tarifautonomie, eine solidarische Gesundheitsreform, Bildungschancen für alle, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Chancen für Frauen, eine sozial gerechte Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik, einen handlungsfähigen Staat und handlungsfähige

Kommunen, die Umsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes und tragfähige Integrationskonzepte, die sozial gerechte Gestaltung der EU-Erweiterung und der Globalisierung.



Die Gewerkschaften werben nicht für eine Partei, auch nicht für eine Person oder für eine Koalition. Aber wir sind nicht unpolitisch. Wir machen uns stark für eine Politik für **Arbeit und soziale Gerechtigkeit**.

Bei der Bundestagswahl steht viel auf dem Spiel – deshalb: wählen gehen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit!

A handwritten signature in blue ink, which appears to be 'R. Bliesener'.

Rainer Bliesener  
DGB-Landesvorsitzender